

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

25.03.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Donnerstag, 12.03.2015

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:56 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2014 - öffentlicher Teil**
0036/2015
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015 in den Kernhaushalt**
0061/2015
- 6 Jahresabschluss 2013 des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach**
0076/2015

- 7 **Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2014 in das Wirtschaftsjahr 2015 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
0030/2015
- 8 **Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0021/2015
- 9 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0048/2015
- 10 **Jahresabschluss und Lagebericht 2012 GL Service gGmbH**
0578/2014
- 11 **Jahresabschluss und Lagebericht 2013 GL Service gGmbH**
0582/2014
- 12 **Wirtschaftsplan 2015 der GL Service gGmbH**
0579/2014
- 13 **Beteiligungsbericht 2012 und 2013**
0013/2015
- 14 **Einwohnerfragestunde**
0035/2015
- 15 **Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2014**
0063/2015
- 16 **Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Vergnügungssteuersatzung) ab dem 01.04.2015**
0062/2015
- 17 **4. Nachtrag zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**
0034/2015
- 18 **Erfahrungsbericht Parkraumbewirtschaftung**
0045/2015
- 19 **Bebauungsplan Nr. 5423 - Industriegeweg
- Erlass einer Veränderungssperre**
0015/2015
- 20 **Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme als Vertreterin oder Vertreter der Schulen nach § 85 SchulG NRW**
0057/2015
- 21 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

- 21.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 12.01.2015 (eingegangen am 13.01.2015) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen**
0016/2015
- 22 Anträge der Fraktionen**
- 22.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.12.2014 (eingegangen am 19.12.2014) zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber**
0583/2014
- 22.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.01.2015 (eingegangen am 20.01.2015) zur Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft mbH**
0039/2015
- 22.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2015 (eingegangen am 23.02.2015) zur Durchführung einer umfassenden Organisations- und Effizienzanalyse in der Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach**
0069/2015
- 23 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 23.1 Schriftliche Anfragen**
- 23.1.1 Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 20.01.2015 (eingegangen am 21.01.2015) zur Flüchtlingsunterkunft an der Senefelder Straße**
0028/2015
- 23.1.2 Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 12.02.2015 (eingegangen am 12.02.2015) zur Flüchtlingsunterkunft Alte Volksschule Heidkamp**
0060/2015
- 23.1.3 Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 12.02.2015 (eingegangen am 12.02.2015) zum Gewerbegebiet Lustheide**
0067/2015
- 23.1.4 Schriftliche Anfrage von Frau Henkel vom 02.03.2015 (eingegangen am 05.03.2015 zur Durchführung einer „Feierstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“**
- 23.2 Mündliche Anfragen**

N **Nicht öffentlicher Teil**

- 1** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2014 - nicht öffentlicher Teil**
0042/2015
- 3** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4** **Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5** **Besetzung des Gestaltungsbeirats**
0003/2015
- 6** **Anträge der Fraktionen**
- 7** **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 6. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Buchen, Herr Haasbach, Herr Maas (alle CDU-Fraktion), Herr Krasniqi (SPD-Fraktion) und Herr Heuser (AfD-Fraktion) entschuldigt. Herr Höring (CDU-Fraktion) ist ab 17:03 Uhr, Frau Dr. Rüdiger (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) ab 17:05 Uhr, Herr Pick (CDU-Fraktion) ab 17:05 Uhr, Herr Kraus (CDU-Fraktion) ab 17:09 Uhr, Herr Schütz (AfD-Fraktion) ab 17:12 Uhr, Frau Bähler (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) ab 17:13 Uhr, Frau Casper (CDU-Fraktion) ab 17:16 Uhr und Herr Wuttke (AfD-Fraktion) ab 17:40 Uhr anwesend.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 27.02.2015 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie als Tischvorlagen:
- die Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung, mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des ABKSS vom 04.03.2015 und des HFA vom 10.03.2015, die wegen der zeitlich engen Folge von HFA und Rat nicht wie üblich habe postalisch übersandt werden konnten,
- die Schlussbilanz, die Gesamtergebnisrechnung und die Gesamtfinanzrechnung zu TOP Ö 6 – Jahresabschluss 2013 des Kernhaushaltes der Stadt Bergisch Gladbach – wie in der Vorlage Nr. 0076/2015 angekündigt worden ist,
- die neue Vorlagenversion (Nr. 0069/2015/1) zu TOP Ö 22.3, Antrag der FDP-Fraktion zur Durchführung einer umfassenden Organisations- und Effizienzanalyse in der Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach, die die angekündigte Stellungnahme der Verwaltung enthält und den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in der Sitzung am 10.03.2015 als Tischvorlage vorgelegt worden ist sowie
- eine Anfrage von Frau Henkel zum Thema „Feierstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“, die unter TOP Ö 23 beantwortet wird.

Herr Urbach teilt mit, dass ein entsprechender Antrag von Frau Henkel zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und zur heutigen Sitzung des Rates, die Verwaltung möge anlässlich der Beendigung des 2. Weltkriegs eine „Feierstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“ unter Beteiligung eines eigens dafür zu bildenden Arbeitskreises vorbereiten, bei der Aufstellung der Tagesordnungen nicht zu berücksichtigen gewesen sei, da der Antrag das Quorum „mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion“ des § 3 Absatz 1 Geschäftsordnung nicht erfüllt habe. Hierzu werde unter TOP Ö 23 noch Stellung bezogen. Ein weiterer Antrag von Frau Henkel zur Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge sei aus demselben Grund nicht in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen worden.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 16.12.2014 – öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 16.12.2014 - öffentlicher Teil

0036/2015

Herr Urbach teilt mit, dass zu TOP Ö 8 – Haushalt 2015 – der vergangenen Sitzung die Unterlagen für die Genehmigung des Haushalts am 26.02.2015 bei der Aufsichtsbehörde eingereicht worden seien.

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung und die vorgetragene Ergänzung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu den Nebentätigkeiten des Bürgermeisters

Herr Urbach führt an, dass er verpflichtet sei, seine Nebentätigkeiten nach den einschlägigen Rechtsvorschriften anzuzeigen. Er werde die Aufstellung den Ratsmitgliedern mit der Niederschrift über die heutige Sitzung zukommen lassen. Darüber hinaus werden diese Angaben auch auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach veröffentlicht.

Mitteilungen zu den Einnahmen bei der Ratsabschlussveranstaltung

Herr Urbach teilt mit, dass sich die Ratsmitglieder, Fraktionen und weiteren Anwesenden an den Kosten des Umtrunks im Foyer nach der Ratssitzung am 16.12.2014 mit insgesamt genau 130 Euro beteiligt haben, wofür er seinen Dank ausspreche.

Mitteilung zu noch fehlenden Nachweisen aus Vorjahren betreffend die Verwendung der Fraktionszuwendungen

Herr Urbach erklärt, dass der ehemaligen Fraktion KIDinitiative für den Zeitraum 01.01.2014 bis 30.05.2014 gemäß einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Fraktionsvorsitzenden keine Fraktionszuwendungen ausgezahlt worden seien, bis ein summarischer Nachweis der Fraktion für diesen Zeitraum vorliege. Dieser summarische Nachweis liege bisher nicht vor, so dass der Fraktion KIDinitiative für diesen Zeitraum keine Fraktionszuwendungen haben auszahlt werden können. Der ehemalige Vorsitzende der ehemaligen Fraktion DIE LINKE./BfBB werde regelmäßig aufgefordert, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und die Verwendungsnachweise mit der Erklärung des Vorsitzenden über die bestimmungsgemäße Verwendung der Fraktionszuwendungen für das Jahr 2013 und für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 16.06.2014 einzureichen. Dies sei bis heute trotz zahlreicher schriftlicher Aufforderungen nicht geschehen.

Mitteilung zu Flugblättern zu zwei Veranstaltungen

Herr Urbach weist darauf hin, dass im Vorfeld der Sitzung Flugblätter zu zwei demnächst bevorstehenden Veranstaltungen der Stadt Bergisch Gladbach verteilt worden seien. Das erste Flugblatt beziehe sich auf einen Informationstag am 25.03.2015 in der Flüchtlingsunterkunft Heidkamp, wozu auch die Anwohner eingeladen worden seien. Ziel sei es, den Anwohnern grundlegende Informationen über die Flüchtlingsunterkunft und die damit verbundene Situation der Flüchtlinge näher zu bringen. Das zweite Flugblatt beziehe sich auf den Putz- und Aufräumtag, welcher am 21.03.2015 stattfinde. Es seien alle herzlich eingeladen, bei der Säuberung der Stadt zu helfen und so unter anderem die Fußgängerzone von lästigen Kaugummis zu befreien. Die Aktion sei letztes Jahr ein großer Erfolg gewesen. Der Putztag beginne dieses Jahr um 8 Uhr, da mittags die Kreissparkasse ihr neues Gebäude an der Ecke Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße eröffne. Ab 13 Uhr werde auf dem Dorfplatz in Moitzfeld für die Helferinnen und Helfer gegrillt.

5. Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015 in den Kernhaushalt
0061/2015

Frau Henkel **beantragt**, die Ermächtigungsübertragungen bezüglich der BELKAW-Arena aus der Liste zu streichen. Sie sei bereits letztes Jahr gegen diese Entscheidung gewesen und vertrete diese Auffassung auch weiterhin. Sie sei davon überzeugt, dass eine Bodenversiegelung der Tribüne die darunterliegenden Räume kostengünstiger schützen könne. Die Stadt Bergisch Gladbach benötige kein Stadion mit einer überdachten Tribüne, da sich selbst bei den Spielen in der Regionalliga die meisten Zuschauer auf die nicht überdachten Stehplätze begeben haben. Sofern dieser Punkt nicht von der Liste gestrichen werde bzw. einzeln abgestimmt werde, sehe sie sich gezwungen, die Zustimmung zur gesamten Beschlussvorlage zu versagen.

Herr Urbach antwortet, dass eine Bodenversiegelung damals geprüft worden sei. Dabei habe sich herauskristallisiert, dass diese Maßnahme nicht wesentlich günstiger sei. Das habe dazu geführt, dass ein Neubau des Daches beschlossen worden sei. Dies habe den Mehrwert, dass die Zuschauer bei schlechtem Wetter im Trockenen sitzen können.

Herr Mumdey ergänzt, dass die Maßnahme inzwischen begonnen worden sei, zumal auch Verträge abgeschlossen worden seien. Demzufolge sei die Stadt Bergisch Gladbach zur Erfüllung dieser Verträge rechtlich verpflichtet.

Frau Henkel fragt, wie dies der Fall sein könne, wenn der Rat hierzu noch keine Entscheidung getroffen habe.

Herr Urbach entgegnet, dass die Entscheidung bereits im letztjährigen Haushalt getroffen worden sei. Vorliegend gehe es ausschließlich um die Mittelübertragung, da sich die Durchführung der Maßnahme verzögert habe. Abgesehen davon habe Herr Henkel in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gefragt, was sich hinter der Position 18.000 Euro der in Anlage 1 zur Vorlage aufgeführten Übertragung für „BGA Sonderschulen/bewegliche Sachen ü. 410 Euro“, verberge. Was mit den Mitteln konkret seitens der Schule geplant sei, habe die Verwaltung in der heutigen Ratssitzung nachreichen wollen. Wie in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bereits dargelegt worden sei, handele es sich um Mittel, die den Schulen im Rahmen einer sparsamen Budgetierung verbindlich für die Abwicklung von investiven Anschaffungsbedarfen zugesagt worden seien. Die Wilhelm-Wagener-Schule setze die zu übertragenden 18.000 Euro im Wesentlichen für die Einrichtung eines Besprechungsraumes und für die Anschaffung digitaler Medien ein.

Sodann stellt Herr Urbach den Sachantrag von Frau Henkel zur Abstimmung.

Der Antrag wird bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel einstimmig **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Urbach die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Frau Henkel und Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2014 in das Haushaltsjahr 2015 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird zugestimmt.

6. **Jahresabschluss 2013 des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach**
0076/2015

Herr Samirae kritisiert, dass der Jahresabschluss 2013 erst zum jetzigen Zeitpunkt vorliege. Gemäß § 96 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen habe der Rat bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss festzustellen. Er fragt, womit die Verzögerung zu begründen sei.

Herr Mumdey antwortet, dass die kaufmännische Buchführung erstmals im Jahr 2008 bei der Stadt verwendet worden sei. Die Eröffnungsbilanz habe erstellt werden müssen, obwohl im Vorfeld nichts unter kaufmännischen Gesichtspunkten erfasst worden sei. Die habe dazu geführt, dass sich die Fertigstellung verzögert habe. Im Verhältnis zu anderen Kommunen sei die Stadt Bergisch Gladbach diesbezüglich jedoch noch im vorderen Feld. Die Umsetzung der Gesetze im angegebenen Zeitraum sei kommunenübergreifend schlichtweg nicht möglich gewesen. Der Zeitraum zwischen Vorgabe und tatsächlicher Fertigstellung verkürze sich allerdings stetig.

Herr Samirae fragt ergänzend, wie der Jahresabschluss öffentlich bekannt gemacht werde.

Herr Urbach antwortet, dass dies gemäß § 14 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach im Kölner Stadtanzeiger und der Bergischen Landeszeitung erfolge.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass die ausführlichen Unterlagen ohnehin den Mitgliedern des Rates zugehen.

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

7. **Übertragung von Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2014 in das Wirtschaftsjahr 2015 für den Immobilienbetrieb, den Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
0030/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

1. **Die Übertragung der aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2014 in das Wirtschaftsjahr 2015 für den Immobilienbetrieb wird beschlossen.**
2. **Die Übertragung der aus Anlage 2 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2014 in das Wirtschaftsjahr 2015 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird beschlossen.**
3. **Die Übertragung der aus Anlage 3 zur Vorlage ersichtlichen Ermächtigungen vom Wirtschaftsjahr 2014 in das Wirtschaftsjahr 2015 für das Abwasserwerk wird beschlossen.**

8. **Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0021/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2013 in Aktiva und Passiva mit 315.073.510,22 € sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von 2.499.690,77 € fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2013 fest.
3. Es wird empfohlen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.499.690,77 € auf neue Rechnung vorzutragen.

9. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0048/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für das Wirtschaftsjahr 2013.

10. Jahresabschluss und Lagebericht 2012 GL Service gGmbH
0578/2014

Herr Krell führt an, dass die FDP-Fraktion dem Jahresabschluss nicht zustimmen werde. Dieser sei verspätet vorgelegt worden, so dass dem Rat die Steuerungsmöglichkeit entzogen worden sei. Ebenso sei der eingeschränkte Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers inakzeptabel.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2012 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 08.12.2014 fest und entlastete den Geschäftsführer Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2012. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2012 werden Aktiva und Passiva mit 470.052 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2012 mit 8.604,52 € festgestellt.
2. Der Lagebericht 2012 wird festgestellt.
3. Der Bilanzverlust 2012 wird in Höhe von 13.027,64 € auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2012 entlastet.

11. **Jahresabschluss und Lagebericht 2013 GL Service gGmbH**
0582/2014

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der AfD-Fraktion sowie der fraktionslosen Ratsmitglieder Frau Henkel und Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2013 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 08.12.2014 fest und entlastete den Geschäftsführer Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2013. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. **In der Bilanz zum 31.12.2013 werden Aktiva und Passiva mit 1.139.210,56 € und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2013 mit 37.284,48 € festgestellt.**
2. **Der Lagebericht 2013 wird festgestellt.**
3. **Der Bilanzverlust 2013 wird in Höhe von 50.312,12 € auf neue Rechnung vorgetragen.**
4. **Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2013 entlastet.**

12. **Wirtschaftsplan 2015 der GL Service gGmbH**
0579/2014

Herr Urbach weist darauf hin, dass sich auf Seite 76 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. Seite 2 der Vorlage ein Fehler eingeschlichen habe. Die Beträge hinter „Erträge“ und „Aufwendungen“ müssen jeweils gegeneinander ausgetauscht werden. Der Betrag hinter „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ sei mit 44.750 Euro richtig berechnet, wenn die Erträge eine Höhe von 2.276.000 Euro und die Aufwendungen eine Höhe von 2.231.250 Euro haben.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. sowie einer Enthaltung aus den Reihen der AfD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH (GL Service) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates, am 08.12.2014 den Wirtschaftsplan 2015 der GL Service nach § 10 Nr. 1 a) des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Der Wirtschaftsplan 2015 der GL Service wird festgestellt und eine entsprechende Weisung i.S. §113 (1) GO NRW erteilt.

13. **Beteiligungsbericht 2012 und 2013**
0013/2015

Herr Komenda erklärt, dass die Stadt Bergisch Gladbach mit 3% an der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg beteiligt sei, welche sich in Liquidation befinde. Diese weise jedoch einen Verlust von rund 14 Millionen Euro auf. Gerechnet auf die Anteile der Stadt Bergisch Gladbach mache dies knapp 450.000 Euro aus, wobei laut Vorlage gegebenenfalls noch Fördermittel zurückgefordert werden könnten. Er fragt, welches Risiko hieraus für den Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach resultiere.

Herr Henkel antwortet, dass er in der letzten Wahlperiode Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung der Stadtbahngesellschaft gewesen sei. Die Gesellschaft befinde sich in Liquidation, wobei es jedoch noch zwei Projekte im Raum Köln gebe, welche abgerechnet werden müssten. Es gebe diesbezüglich noch Rechtsstreitigkeiten mit dem Fördermittelgeber. Das hieraus noch vorhandene Risiko betreffe jedoch nur die Stadt Köln. Die Stadt Bergisch Gladbach könne ausschließlich für entstehende Verwaltungskosten herangezogen werden.

Herr Komenda merkt an, dass in allen anderen Beteiligungsberichten aufgeführt worden sei, welche Mitglieder seitens der Stadt Bergisch Gladbach in die Gesellschaften entsendet werden. Ausgerechnet beim Beteiligungsbericht der Stadtbahngesellschaft sei dies jedoch nicht der Fall gewesen.

Herr Urbach nimmt den Hinweis auf.

Herr Krell lobt die ausführliche Darstellung der Beteiligungsberichte. Er schließt sich der Frage Herrn Komendas an, welche in seinen Augen nicht beantwortet worden sei. Die Darstellung im Beteiligungsbericht zu dieser Gesellschaft sei eine andere. Es stelle sich die Frage, weshalb die Stadt Bergisch Gladbach an der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg beteiligt sei und weshalb nicht klar dargestellt worden sei, welche Risiken mit der Beteiligung einhergehen. Auch sei verwunderlich, dass der Beteiligungsbericht des Jahres 2012 erst zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt werde. Dies entziehe dem Rat die Steuerungsmöglichkeiten. Er fragt zudem, warum die Stadt Bergisch Gladbach an der BGE Eisenbahngüterverkehrsgesellschaft beteiligt sei.

Herr Urbach antwortet, dass die BGE den Gleisanschluss im Gewerbegebiet Zinkhütte sowie das Hochregallager betreibe. Die Betreuung dieser Infrastruktureinrichtungen liege im Interesse der Stadt Bergisch Gladbach. Bezüglich der Verzögerung der Berichte werde er die zuständigen Kollegen – unter Hinweis auf jene Verzögerung - um eine Zusammenstellung bitten. Anschließend könne gemeinsam überlegt werden, welche und wie viele Stellen zum nächsten Stellenplan vorgeschlagen werden. Er zeigt sich bereits jetzt erfreut über die Unterstützung Herrn Krells zu diesen Stellenplananträgen.

Herr Schmickler ergänzt, dass die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg in den letzten Jahrzehnten eine Rolle bei sämtlichen Stadtbahnausbaumaßnahmen in der Region gehabt habe, wozu auch der Ausbau des Netzes der Linie 1 zähle. Hieraus resultiere auch die langjährige Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach. Die Gesellschaft befinde sich in Liquidation, da die von der Gesellschaft betreuten Projekte abgeschlossen seien. Zukünftige regionale Projekte sollen auf anderem Wege durchgeführt werden.

Herr Kleine teilt mit, dass die Stadt Köln ihren Beteiligungsbericht 2013 auch noch nicht veröffentlicht habe. Auch bei dieser sei die zeitliche Verzögerung darauf zurückzuführen, dass die Abschlüsse bis zum Frühjahr erstellt werden und die Wirtschaftsprüfer erst im Anschluss daran ihr Testat erstellen können. Dies dauere meist bis zum Herbst an. Da mehrere Beteiligte an der Erstellung mitwirken, sei eine Verkürzung des Ablaufs nur schwer umsetzbar. Davon abgesehen könne auch über Wirtschaftspläne oder den Haushaltsplan Einfluss auf die Beteiligungen ausgeübt werden.

Herr Samirae weist darauf hin, dass die Beteiligungsberichte pünktlich vorgelegt werden sollen. Es sei müßig, heute Prognosen für die vorangegangenen Jahre zu lesen. Die Prognosen für die Jahre 2013/2014 unterscheiden sich zudem nur in einem Satz für die Prognosen 2014/2015. Dies sei zu wenig Information.

Herr Klein erklärt, im Haupt- und Finanzausschuss sei bereits erwähnt worden, dass die Beteiligungen einer Gesamtbetrachtung auf Sinn und Zweck unterzogen werden sollen. Er fragt, wann sich der Rat mit dieser Aufgabe beschäftigen werde. Hierzu gehören auch Überlegungen, ob die Gesamtzahl der Beteiligungen verringert werden solle.

Herr Urbach antwortet, dass bezüglich dieser Überlegungen – u.a. auch die Rückführungen eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen in den Kernhaushalt oder noch stärkere Verselbstständigungen dieser – auch eine politische Lenkungsgruppe eingerichtet werden solle. Die Thematik solle folglich nicht ausschließlich im Rat besprochen werden, sondern die Politik solle an der Entwicklung dieses Prozesses beteiligt werden.

Herr Krell sieht die Frage zu den finanziellen Risiken der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg als nicht beantwortet an. Er bittet um eine Aufstellung dieser.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Darstellung dessen zu.

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

14. Einwohnerfragestunde 0035/2015

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann zum Thema „Leih Deiner Stadt Geld“ vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er seine Fragen selbst vorlesen wolle, was dieser verneint.

Herr Hoffmann schreibt:

„In Oestrich-Winkel (Hessen) gibt es die Internet-Plattform „Leih Deiner Stadt Geld“. 13 Bürger dieser Stadt haben für 0,76% Zinsen der Stadt 83.200 EUR geliehen.“

Frage 1:

„Hat es ein gleiches Angebot bei der Stadtverwaltung von Bergisch Gladbach schon einmal gegeben?“

Antwort der Verwaltung:

Ein gleiches Angebot nicht, aber die zugrundeliegende Idee ist bereits an uns herangetragen worden.

Die nächsten beiden Fragen würde ich gerne zusammen beantworten.

Frage 2:

„Was hält der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach von diesem Projekt?“

und

Frage 3:

„Wie hoch ist der Zinssatz für Kredite der Stadt Bergisch Gladbach bei der Kreissparkasse Köln zurzeit?“

Antwort der Verwaltung:

Grundsätzlich finde ich die Idee gut, da eine Situation entstehen könnte, in der alle Beteiligten gewinnen. Bedingung dafür ist allerdings, dass wir den Bürgerinnen und Bürger einen Zinssatz anbieten könnten, den sie bei einer anderen sicheren Anlageform nicht bekommen, und der unter den Zinssätzen liegt, die wir als Stadt für Kredite bezahlen. Und das müsste sich für uns auch wirklich lohnen, da es schon einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten würde, viele Kleinkredite mit Bürgerinnen und Bürgern zu managen. Momentan ist es da so, dass einfach der Zinssatz,

den wir zahlen, ungeheuer günstig ist. Zurzeit liegt der durchschnittliche Zinssatz für Kassenkredite bei 0,17 % p.a. Insofern lässt sich die Idee derzeit nicht realisieren.

Frage 4:

„Wie hoch sind die langfristigen und kurzfristigen Schulden der Stadt Bergisch Gladbach zur Zeit?“

Antwort der Verwaltung:

Im Kernhaushalt belaufen sich die langfristigen Kredite auf 46 Mio. €, die kurzfristigen Kassenkredite betragen 93,2 Mio. € (Stand Ende 2013).

Frage 5:

„Wird die Stadt Bergisch Gladbach voraussichtlich jemals in der Lage sein, alle aufgenommenen Schulden zurück zu zahlen?“

Antwort der Verwaltung:

Es macht keinen Sinn, mit einer 100%igen Eigenkapitalquote zu arbeiten. Es ist vielmehr sinnvoll, langfristige Investitionen auch langfristig zu finanzieren. Den Krediten steht dann ja auch immer ein entsprechender Vermögenswert entgegen. Und nur so, d.h. unter zusätzlicher Verwendung von Fremdkapital, können wir auch nur größere Infrastrukturprojekte zeitnah verwirklichen.

Frage 6:

„Ist die Situation in Griechenland vergleichbar mit der Situation der Stadt Bergisch Gladbach bezüglich der Verschuldung?“

Antwort der Verwaltung:

Nein. Die Stadt ist jederzeit in der Lage, ihren Kapitaleinsatz (Zins, Tilgung) zu leisten und ist abweichend zu Griechenland bei kreditgebenden Institutionen nachgefragte Kreditnehmerin.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Hoffmann verneint.

15. Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 31.12.2014
0063/2015

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

16. Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Vergnügungssteuersatzung) ab dem 01.04.2015
0062/2015

Herr Urbach weist auf eine redaktionelle Änderung des Beschlussvorschlages aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.03.2015 hin, die Bestandteil der Beschlussempfehlung sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden - im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage - **geänderten Beschluss**:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Vergnügungssteuersatzung) wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung im Satzungsentwurf beschlossen:

„§ 15 In-Kraft-Treten

Diese Vergnügungssteuersatzung tritt am 01.04.2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.12.2006 in der Fassung der I. Nachtragsatzung vom 20.07.2011 außer Kraft.“

17. **4. Nachtrag zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**
0034/2015

Herr Urbach weist darauf hin, dass die Verwaltung vor der öffentlichen Bekanntmachung noch einige redaktionelle Änderungen in der Präambel der Satzung vornehmen werde (GO NRW zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2015 (GV NRW S. 208) sowie Satzung über die Abfallentsorgung in der Fassung der IX. Nachtragssatzung vom 15.05.2013).

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden – im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage - **geänderten Beschluss**:

Der IV. Nachtrag zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung unter Berücksichtigung der folgenden Änderung in der Präambel des Satzungsentwurfes „(...) GO NRW, zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2015 (GV NRW S. 208) sowie Satzung über die Abfallentsorgung in der Fassung der IX. Nachtragssatzung vom 15.05.2013 (...)“ beschlossen.

18. **Erfahrungsbericht Parkraumbewirtschaftung**
0045/2015

Herr Urbach weist darauf hin, dass Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr - wonach § 2 der Parkgebührenordnung dahingehend geändert werden sollte, dass die Parkgebühren montags bis freitags künftig statt bis 20:00 Uhr nur bis 19:00 Uhr erhoben werden sollen – nach ausgiebiger Prüfung nicht mit den Regelungen des HSK vereinbar sei. Er schlägt daher vor, diesen Punkt von der Beschlussfassung auszunehmen und in die Diskussion um das HSK einzubetten.

Der Rat zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Außendorf bittet darum, dass die Ziffern der Beschlussvorlage einzeln abgestimmt werden.

Herr Urbach sagt dies zu.

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel bei einer Enthaltung aus den Reihen der AfD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

1. Die Regelung in § 1 Ziff. 6 der Parkgebührenordnung

„An den 4 Adventssamstagen eines Jahres werden keine Parkgebühren erhoben“

bleibt bestehen, der Antrag Ziffer 3 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2014 wird abgelehnt.

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

2. Die Regelung in § 1 Ziff. 1 der Parkgebührenordnung

„Das Kurzzeitparken an Parkscheinautomaten bis zu 15 Minuten ist gebührenfrei“

bleibt bestehen, der Antrag Ziffer 1 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2014 wird abgelehnt.

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 4 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 4. § 1 Ziff. 4 der Parkgebührenordnung wird in der der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.**

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 5 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 5. Die Absicht der Verwaltung, die in der Parkgebührenordnung nicht geregelte Höchstparkdauer generell aufzuheben, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 6 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

- 6. Die öffentlichen gebührenpflichtigen Parkplätze der Stadt Bergisch Gladbach werden weiterhin mit Parkscheinautomaten bewirtschaftet, der Antrag Ziffer 2 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2014 wird abgelehnt.**

Sodann stellt Herr Urbach Ziffer 7 der Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage **geänderten Beschluss**:

- 7. Die Verwaltung wird beauftragt, in Bergisch Gladbach das in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 25.02.2015 vorgestellte sog. Handyparken und den „Bezahlotsen“ einzuführen. Die Gebühren des Zahlungsanbieters sind im Aufkleber auszuweisen. Als Anforderung an die Zahlungsanbieter wird gestellt, dass diese sich verpflichten, keine Daten an ausländische Stellen weiterzugeben. An inländische Behörden darf dies nur geschehen, sofern es auf Grund eines Gerichtsbeschlusses erforderlich ist.**

**19. Bebauungsplan Nr. 5423 - Industriegeweg
- Erlass einer Veränderungssperre
0015/2015**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

Für den Geltungsbereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplans Nr. 5423 – Industriegeweg – wird eine Veränderungssperre erlassen. Die der Vorlage beigefügte Satzung über die Veränderungssperre ist Teil dieses Beschlusses.

20. Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme als Vertreterin oder Vertreter der Schulen nach § 85 SchulG NRW
0057/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Auf Vorschlag der Schulleitungskonferenz der städtischen Schulen vom 23.02.2015 wird Herr Florian Lambertz (Leiter der Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde) als Mitglied des ABKSS mit beratender Stimme gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 SchulG NRW berufen. Als persönlicher Vertreter wird Herr Felix Bertenrath (Leiter der Otto-Hahn-Realschule) berufen.

21. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 12.01.2015 (eingegangen am 13.01.2015) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen
0016/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Frau Henkel folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen wird unter Berücksichtigung der ergänzenden Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage beschlossen.

22. Anträge der Fraktionen

22.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.12.2014 (eingegangen am 19.12.2014) zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber
0583/2014

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 19.12.2014 (eingegangen am 19.12.2014) zur psychotherapeutischen Versorgung für traumatisierte Flüchtlinge und Asylbewerber wird ohne Aussprache zur Entscheidung an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau nach vorheriger Beratung im Integrationsrat überwiesen.

22.2. Antrag der FDP-Fraktion vom 12.01.2015 (eingegangen am 20.01.2015) zur Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft mbH
0039/2015

Her Urbach weist darauf hin, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.03.2015 Einvernehmen zu dem Vorschlag bestanden habe, dass die FDP-Fraktion den Antrag zurückziehe und dieser im Zusammenhang mit einer Gesamtüberprüfung aller Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen beraten werden solle.

Der Rat zeigt sich mit dieser Beschlussempfehlung einvernehmlich einverstanden.

22.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2015 (eingegangen am 23.02.2015) zur Durchführung einer umfassenden Organisations- und Effizienzanalyse in der Verwaltung der Stadt Bergisch Gladbach
0069/2015

Her Urbach weist darauf hin, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.03.2015 Einvernehmen zu dem Vorschlag bestanden habe, dass die FDP-Fraktion den Antrag zurückziehe und zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal vorlegen werde.

Der Rat zeigt sich mit dieser Beschlussempfehlung einvernehmlich einverstanden.

23. Anfragen der Ratsmitglieder

23.1. Schriftliche Anfragen

23.1.1. Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 20.01.2015 (eingegangen am 21.01.2015) zur Flüchtlingsunterkunft an der Senefelder Straße 0028/2015

Herr Urbach verweist auf die vorliegende schriftliche Anfrage Herrn Samirae und die zugehörigen Antworten der Verwaltung, die dem Rat mit der Einladung zur Kenntnis gegeben worden seien. Er ergänzt, dass es bezüglich des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens zu einer außergerichtlichen Einigung gekommen sei.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

23.1.2. Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 12.02.2015 (eingegangen am 12.02.2015) zur Flüchtlingsunterkunft Alte Volksschule Heidkamp 0060/2015

Herr Urbach verweist auf die vorliegende schriftliche Anfrage Herrn Samirae und die zugehörigen Antworten der Verwaltung, die dem Rat mit der Einladung zur Kenntnis gegeben worden seien.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

23.1.3. Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 12.02.2015 (eingegangen am 12.02.2015) zum Gewerbegebiet Lustheide 0067/2015

Herr Urbach verweist auf die vorliegende schriftliche Anfrage Herrn Samirae und die zugehörigen Antworten der Verwaltung, die dem Rat mit der Einladung zur Kenntnis gegeben worden seien.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

23.1.4. Schriftliche Anfrage von Frau Henkel vom 02.03.2015 (eingegangen am 05.03.2015 zur Durchführung einer „Feierstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“

Herr Urbach verweist auf die schriftliche Anfrage von Frau Henkel, welche den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorliege. Die Stadt Bergisch Gladbach werde dem sich jährenden Kriegsende in angemessener Weise, vor Allem mit örtlichem Bezug zur Stadt Bergisch Gladbach, gedenken. So sei für die Benennung des „Auguste-und-Fritz-Fuchs-Platzes“ in Schildgen, die der Haupt- und Finanzausschuss vorgestern beschlossen habe, eine feierliche Einweihung des Platzes am 18. April diesen Jahres geplant, da die Eheleute Fuchs eine jüdische Frau, deren Deportation geplant gewesen sei, bis zur Befreiung des Rheinlandes durch die Alliierten im April 1945 versteckt hielten. Die Verwaltung versuche dazu auch, Kontakt zu den Enkeln der Eheleute Fuchs aufzunehmen, damit diese an der Veranstaltung teilnehmen können.

Herr Mömkes fragt, ob die jüdische Frau, welche die Eheleute versteckt haben, noch am Leben sei.

Herr Urbach antwortet, dass Kontakt zu den Angehörigen der Eheleute Fuchs bestehe. Die junge Frau sei nach seinem Kenntnisstand nicht mehr am Leben. Es seien keine Angehörigen ihrerseits aufgefunden worden. Sie sei nach Köln gezogen, wo sich die weiteren Spuren verlieren. Es könne dem aber nachgegangen werden.

23.2. Mündliche Anfragen

Herr Krell: Hinweis zum Baustellenmanagement

Herr Krell teilt mit, dass das von den Beratern erstellte Verkehrskonzept nicht schlüssig sei. Durch dieses Konzept werde die Innenstadt in einem Zeitraum von 12 bis 18 Monaten lahmgelegt. Die damit einhergehenden Auswirkungen für die Bürgerschaft und die Infrastruktur seien immens. Er empfehle der Verwaltung, hier eine weitere Meinung einzuholen und Möglichkeiten für eine bessere Lösung auszuarbeiten.

Herr Urbach nimmt den Hinweis auf.

Frau Schundau: Anfrage zum Bauvorhaben am Gronauer Kreisel

Frau Schundau merkt an, dass durch das Bauvorhaben am Gronauer Kreisel ein Teil des Gehwegs gesperrt sei. Dort sei ein Hinweisschild angebracht, dass die Fußgänger über eine entsprechende Ampel auf der andere Straßenseite weitergehen können. Sie fragt, wie sich die Situation für die Fahrradfahrer gestalte. Sie habe diesbezüglich vor über eine Woche auch eine Frage an die Verwaltung gestellt, allerdings bis heute noch keine Antwort erhalten. Die Verkehrssituation sei hier ziemlich komplex und für Radfahrer außerordentlich gefährlich. Zudem sollte die Gesamtsituation für Fußgänger und Radfahrer in Bergisch Gladbach verbessert werden. Dies sei bisher aber noch nicht umgesetzt worden. Sie fragt, ob und wann mit einem entsprechenden Verkehrskonzept zu rechnen sei. Zudem fragt sie, wann die Sitzbänke an der Tannenbergstraße aufgestellt werden.

Herr Urbach sagt zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Herr Steinbüchel: Anfrage zur Turnhalle in Sand

Herr Steinbüchel erklärt, dass die Mittel für die Turnhalle in Sand zugunsten des Stadionsdaches der BELKAW-Arena verschoben worden seien. Nun stelle sich die Frage, ob diese Mittel in den nächsten Haushaltsberatungen für die Turnhalle zur Verfügung gestellt werden. Dabei sei vor allem die Sicherheit der Turnhalle in Sand in den Vordergrund zu stellen, welche wohl Mängel aufweise. Er fragt, wie hier der Sachstand sei.

Herr Urbach antwortet, dass Herr Martmann zu Themen antworten könne, die sicherheitsrelevant seien. Er möchte den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr jedoch nicht vorgreifen, da auch der Investitionsplan fortgeschrieben werden solle.

Herr Martmann ergänzt, dass einige Maßnahmen bezüglich der Turnhalle Sand durchgeführt worden, aber noch nicht alle abgeschlossen worden seien. Weitere Verbesserungen sollen sukzessive mit den Mitteln aus dem Sportetat umgesetzt werden. Die Halle benötige jedoch eigentlich eine grundlegende Sanierung. Dies sei dann im Gesamtinvestitionsplan zu beraten.

Herr Klein: Anfrage zum Sachstand Bürgerzentrum Schildgen

Herr Klein merkt an, dass unter TOP Ö 15 über anhängige Gerichtsverfahren informiert worden seien. Er fragt diesbezüglich, ob es hinsichtlich des bauordnungsrechtlichen Verfahrens betreffend des Anbaus des Bürgerzentrums Schildgen-Katterbach einen neuen Sachstand gebe. Zudem sei jahrelang eine Baulandpotentialanalyse durchgeführt worden, in denen die Stadt darüber informieren sollte, wann und ob in den einzelnen Ortsteilen Bauprojekte oder Lückenschließungen anstehen. Diese sei im Zuge der Regionale 2010 und den Planungen für die Marktgalerie in den Hintergrund getreten. Er fragt, wie der Stand der Umsetzung in den einzelnen Stadtteilen bezüglich dieser Baulandpotentialanalyse sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Galley: Anfrage zu Verwendungsnachweisen

Herr Galley erklärt, dass Herr Urbach zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen habe, dass der ehemalige Vorsitzende der ehemaligen Fraktion DIE LINKE./BfBB den Verwendungsnachweis über einen längeren Zeitraum schuldig geblieben sei. Er fragt, ob dies Konsequenzen habe und ob es bei Ratsfraktionen eine Rechtsnachfolge gebe.

Herr Urbach antwortet, dass es keine Rechtsnachfolge gebe, da die Fraktion nicht mehr existiere. Die Fraktion DIE LINKE. sei eine neue Fraktion. Demzufolge werde sich der ehemalige Vorsitzende weiteren Schreiben der Stadt Bergisch Gladbach ausgesetzt sehen. Dies werde solange geschehen, bis die betreffende Person die Nachweise einreiche. Alle anderen Fraktionen haben dies auch geschafft. Er weist Herrn Schütz, welcher zu Beginn der Sitzung noch nicht anwesend gewesen sei, diesbezüglich auch auf die Mitteilung hinsichtlich der Verwendungsnachweise der ehemaligen Fraktion KIDinitiative hin.

Herr Dr. Steffen: Anfrage zur Pflege von Grünflächen

Herr Dr. Steffen fragt, ob zur Pflege der Grünflächen im Stadtgebiet Pestizide eingesetzt werden. Falls dies der Fall sei, möchte er wissen, in welchem Umfang, welchem Zeitraum, welchen Fällen und welchem Ort dies geschehe.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schütz: Anmerkung zu Verwendungsnachweisen und Anfrage zu Verwaltungsgebäudegebäude Hauptstraße

Herr Schütz kündigt an, dass eine Einreichung von Verwendungsnachweisen der Fraktion KIDinitiative wahrscheinlich noch erfolgen werde. Aufgrund mehrfacher Umzüge seiner ehemaligen und jetzigen Fraktion innerhalb des Rathauses sei dies bisher schwierig gewesen.

Herr Urbach entgegnet, dass dies dann zeitnah erfolgen solle, da sonst kein Jahresabschluss erstellt werden könne.

Herr Schütz merkt zudem an, dass der Mietvertrag des Verwaltungsgebäudes an der Hauptstraße laut Presseberichten verlängert worden sei. Er fragt, wie das langfristige Konzept aussehe, da wohl Überlegungen bestanden haben, Büroflächen auf dem Zanders-Gelände anzumieten und auch im ehemaligen Lübke-Gebäude Mitarbeiter der Verwaltung untergebracht werden sollen. Die Räumlichkeiten im Bürogebäude Hauptstraße seien laut den dort ansässigen Mitarbeitern unzumutbar. Er fragt auch, ob es nicht Möglichkeiten gebe, übergangsweise eine Alternativlösung zu finden.

Herr Urbach antwortet, dass der Mietvertrag der Immobilie Hauptstraße 192 mit Ablauf des 31.07.2015 gekündigt worden sei. Derzeit werde eine Nutzung des Bürotraktes des Lübbecke-Gebäudes – welcher nicht durch Flüchtlinge belegt sei – geprüft. Dadurch solle das Bürogebäude an der Hauptstraße 192 freigezogen werden, zumal die Anmietung teuer sei. Herr Martmann habe mit dem Vermieter Gespräche über eine kurzfristige Verlängerung des Mietvertrages geführt, welche sich auf 3-5 Monate belaufen solle. Auf dem Gelände der Firma Zanders sei kein Gebäude angemietet worden.

Herr Schütz zeigt sich irritiert, dass der Mietvertrag nur so kurz verlängert werde. Laut den Presseberichten sei von einer weitergehenden Verlängerung des Mietvertrages auszugehen gewesen.

Herr Urbach entgegnet, dass diese Berichte missverständlich gewesen seien. Es gebe nach wie vor Überlegungen bezüglich eines Neubaus. Dieser könne nur mittelfristig – sprich 3-4 Jahre - erbaut werden. Diese Zeit solle allerdings nicht im Bürogebäude Hauptstraße überbrückt werden, da der Mietzins relativ hoch sei.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:52 Uhr.